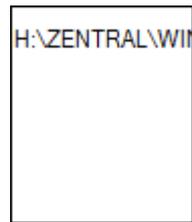


# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Kreistag

## Niederschrift

über die 22. ordentliche öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Kreistages am 18.06.2012 im Kreistagssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Kreistagsvorsitzender**

Herr Christoph Schulze

#### **Landrat**

Herr Peer Giesecke

#### **Kreistagsabgeordnete**

Herr Hans-Jürgen Akuloff

Frau Karola Andrae

Herr Helmut Barthel

Herr Michael Baumecker

Herr Thomas Czesky

Frau Gabriele Dehn

Herr Helmut Dornbusch

Herr Peter Dunkel

Herr Danny Eichelbaum

Herr Erich Ertl

Herr Dr. Manfred Georgi

Frau Katja Grassmann

Herr Dr. Rudolf Haase

bis 18.55 Uhr (Ende TOP 12)

Herr Bernd Habermann

Frau Carola Hartfelder

bis 18.20 Uhr (nach TOP 11)

Herr Detlev von der Heide

Herr Dirk Hohlfeld

Herr Klaus Hubrig

Frau Heide Igel

Herr Wilfried Käthe

Frau Evelin Kierschk

Frau Gertrud Klatt

Herr Andreas Krüger

bis 19.10 Uhr (Anfang TOP 13)

Herr Falk Kubitzka

Frau Heike Kühne  
Frau Bärbel Laue bis 19.10 Uhr (Anfang TOP 13)  
Herr Lutz Lehmann  
Frau Christin Menzel ab 17.30 Uhr (TOP 4)  
Herr Lutz Möbus  
Herr Matthias-Eberhard Nerlich  
Herr Jörg Niendorf bis 19.10 Uhr (Anfang TOP 13)  
Herr Andreas Noack  
Frau Angelika Österreicher  
Frau Dr. Irene Pacholik  
Herr Frank Priefert  
Frau Bärbel Redlhammer-Raback  
Herr Dr. Rainer Reinecke  
Herr Roland Scharp  
Herr Wilhelm Schröter  
Frau Ria von Schrötter  
Herr Dirk Steinhausen  
Herr Dr. Günter Stirnal bis 18.35 Uhr (TOP 12)  
Herr Felix Thier  
Frau Kornelia Wehlan  
Herr Michael Wolny

### **Verwaltung**

Frau Kirsten Gurske Erste Beigeordnete und Leiterin Dezernat II  
Herr Holger Lademann Beigeordneter und Leiter Dezernat III  
Herr Detlef Gärtner Beigeordneter und Leiter Dezernat IV  
Herr Dieter Albrecht Leiter Dezernat I  
Herr Horst Bührendt Leiter Dezernat V

### **Entschuldigt fehlten:**

#### **Kreistagsabgeordnete**

Herr Dr. Ralf von der Bank  
Frau Martina Borgwardt  
Frau Maritta Böttcher  
Herr Bernd Heimberger  
Herr Dr. Gerhard Kalinka  
Herr Hermann Kühnapfel  
Herr Fritz Lindner  
Frau Gertraud Rocher  
Herr Helmut Scheibe  
Frau Gabriele Schröder

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- |     |  |               |
|-----|--|---------------|
| 2   | Mitteilungen des Vorsitzenden  |               |
| 3   | Einwendungen gegen die Niederschrift der 21. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 14.05.2012   |               |
| 4   | Einwohnerfragestunde   |               |
| 5   | Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfragen 4-1226/12-KT und 4-1227/12-KT  |               |
| 6   | Anfragen   |               |
| 6.1 | Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Teltow-Fläming   | 4-1257/12-KT  |
| 6.2 | Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zum Lernatlas der Bertelsmann Stiftung  | 4-1260/12-KT  |
| 7   | Anträge  |               |
| 7.1 | Dringlichkeitsantrag der CDU-Kreistagsfraktion TF zur Durchführung von Schallschutzmaßnahmen zur Eröffnung des Flughafens Willy Brandt, BER                  | 4-1247/12-KT  |
| 8   | Petition der Bürgerinitiative Wacholderstraße/Jütenweg Rangsdorf an den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming zum öffentlichen Kinderspielplatz Jütenweg 3 | 4-0901/11-KT  |
| 9   | Breitbandinitiative Teltow-Fläming   | 4-1248/12-LR  |
| 10  | Erlass der Taxenordnung des Landkreises Teltow-Fläming   | 4-1219/12-I   |
| 11  | Erlass der Taxentarifordnung des Landkreises Teltow-Fläming  | 4-1220/12-I   |
| 12  | Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide"  | 4-1230/12-III |
| 13  | Kommunalisierung des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming   | 4-1242/12-III |
| 14  | Kinderbetreuungsfinanzierung (Richtlinie) - Votierung von Restmitteln für Kindertagespflegestellen   | 4-1251/12-V/1 |
| 15  | Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreites AZ: 7 K 756/08  | 4-1252/12-V   |
| 16  | Abberufung und Berufung sachkundige Einwohner - Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung   | 4-1250/12-KT  |
| 17  | Mitteilungen des Landrates   |               |

#### **Nichtöffentlicher Teil**

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 18 | Vergabebericht 2011 zur Vergabe von Bauleistungen (VOB/A) und Lieferleistungen (VOL/A) | 4-1216/12-III |
|----|--|---------------|

#### **Öffentlicher Teil**

## **TOP 1**

### **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung, begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einberufung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Herr Abg. Eichelbaum fragt, ob die Tischvorlage – Kündigung von öffentlich-rechtlichen Verträgen über die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes – eine Dringlichkeitsvorlage des Landrates ist.

Der Vorsitzende des Kreistages erklärt, dass es sich um keine Dringlichkeitsvorlage handelt, da der Punkt Rettungsdienst auf der Tagesordnung unter TOP 13 steht. Er informiert, dass der Landrat die dazugehörige Vorlage 4-1242/12-III zurückzieht und diese gemäß § 17 i.V.m. 16 der Geschäftsordnung des Kreistages durch die neue Vorlage 4-1266/12-III ersetzt. Deshalb handelt es sich nicht um eine Änderung der Tagesordnung.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt bekannt, dass zum TOP 6 zwei Anfragen (Bildungs- und Teilhabepaket sowie Lernatlas der Bertelsmann Stiftung) des Abgeordneten Thier auf den Tischen liegen.

Weiterhin informiert er, dass die CDU-Fraktion mitgeteilt hat, dass sie den Dringlichkeitsantrag 4-1247/12-KT zum Schallschutz unter TOP 7.1 zurückzieht, da ein fraktionsübergreifender Antrag (4-1263/12-KT) zur Problematik passiver Schallschutz erarbeitet wurde.

**Die Tagesordnung wird bei 1 Nein-Stimme und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich bestätigt.**

## **TOP 2**

### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende des Kreistages teilt mit, dass er zum TOP 12 – Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens – für die Fraktion SPD/Grüne reden wird und die Sitzungsleitung an die stellv. Vorsitzende abgeben wird.

Des Weiteren teilt er mit, dass zum TOP 13 zusätzlich Informationsmaterial für alle Kreistagsabgeordneten verteilt wird (Schreiben des Ministeriums des Innern vom 18.06.2012, Schreiben einer Anwaltskanzlei vom 08.06.2012 im Auftrage eines Interessenten für den Rettungsdienst und ein Schreiben einer Anwaltskanzlei vom 29.05.2012 im Namen der derzeitigen Betreiber des Rettungsdienstes. Er erläutert, dass es in den letzten Tagen Unstimmigkeiten zur geltenden Rechtslage gab und dass das Innenministerium – als unparteiischer Dritter – um eine Stellungnahme gebeten wurde.

## **TOP 3**

**Einwendungen gegen die Niederschrift der 21. ordentlichen Sitzung des Kreistages am 14.05.2012**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt als genehmigt.

#### **TOP 4** **Einwohnerfragestunde**

Der Vorsitzende des Kreisgages gibt die Verfahrensweise für die Einwohnerfragestunde bekannt.

Herr Ahlgrimm, Nuthe-Urstromtal, OT Dümde, macht auf die negativen Auswirkungen der Windenergie aufmerksam und zeigt sich irritiert darüber, dass im Entwurf des Regionalplanes Havelland-Fläming 24 Eignungsgebiete ausgewiesen sind. Er bittet den Landrat als Mitglied der Planungsgemeinschaft und stellv. Vorsitzenden der Regionalversammlung darauf hinzuwirken, zuerst Geld in die Forschung zu geben, um den durch die Windenergie erzeugten Strom auch speichern zu können. Er bittet den Landrat darum, eine Gesetzesinitiative durch den Landtag Brandenburg in die Wege zu leiten, dass mindestens 2.500 Meter Abstand zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung eingehalten werden. Weiterhin verweist er auf die Biomasse-Strategie im Land Brandenburg und zeigt sich verwundert darüber, dass sich die Regionale Planungsgemeinschaft diesem Problem nicht stellt.

Herr Olaf Beier, Treuenbrietzen/OT Lüdendorf (Potsdam-Mittelmark), verweist darauf dass viele Windräder still stehen. Er fragt, wie es sein kann, dass der Verbraucher für Strom, der nicht erzeugt wird, bezahlen soll.

Der Vorsitzende des Kreistages weist darauf hin, dass nur Einwohner des Landkreises Teltow-Fläming in der Einwohnerfragestunde Rede- und Fragerecht haben. Er bittet Herrn Beier, seine Fragen an den Landkreis Potsdam-Mittelmark zu richten.

Eine Einwohnerin aus Kallinchen stellt die Frage nach dem Brandschutz in Wäldern aufgrund der vorhandenen Windkraftanlagen.

Herr Detlef Gurczik, Vorsteher der BI Freier Wald Kallinchen, fragt, wieso im Land Brandenburg die bisherigen 3000 Windkraftträder auf 6000 erweitert werden sollen. Tatsache ist, dass der erzeugte Strom bereits jetzt schon nicht abgenommen werden kann, was auch dem Ministerpräsidenten Platzeck bekannt ist.

Herr Landrat Giesecke macht deutlich, dass es unterschiedliche Zuständigkeiten in der Frage der Windenergie gibt. Zum Regionalplan erläutert er, dass dieser eine Umsetzung der Festlegungen des Landes Brandenburg ist, wie viele Flächen für alternative Energien bereitgehalten werden müssen. Im Rahmen dieser Vorgaben muss versucht werden, einen menschen- und naturverträglichen Regionalplan zu entwickeln. Zu den Abstandsflächen führt er aus, dass gegenwärtig nur 500 Meter die Rechtslage sind. Zu den Biogasanlagen erklärt er, dass diese regionalplanerisch nicht relevant sind. Zum Brandschutz von Anlagen im Wald erläutert er, dass diese Anlagen nach dem BImSch-Verfahren genehmigt werden, in dem auch der Brandschutz geklärt werden muss. Dies ist kein Problem des Landkreises.

Herr Lutz Haenicke, Zossen, fragt, warum Windkraftanlagen überhaupt in den Wald gestellt werden müssen angesichts vorhandener Verkehrswege, auf denen Flächen bereits versiegelt wurden.

Herr Landrat Giesecke denkt, dass aufgrund der rasanten Entwicklung die Energieversorgung zukünftig nicht über Großanlagen, sondern über dezentrale Anlagen erfolgen wird.

Gegenwärtig ist der Stand, dass von den alternativen Energien die Windenergie die preiswerteste Energieform ist.

(Frau Abg. Menzel nimmt an der Sitzung teil.)

Frau Christina Fröhlich, Kallinchen, fragt, ob der Landkreis die Löschtechnik für 200 Meter hohe Windkraftanlagen im Wald besitzt.

Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass der Landkreis nicht Genehmigungsbehörde ist und diese Fragen durch das Landesimmissionsschutzamt geklärt werden müssen.

Frau Ehresmann, Kallinchen, fragt, warum die Windkraft- und Photovoltaikanlagen, die großflächig auf dem Flugplatz Sperenberg installiert werden sollen, nicht in der regionalen Planung erfasst sind.

Herr Landrat Giesecke weist darauf hin, dass im Regionalplan Teile der Sperenberger Flächen als Windeignungsgebiet enthalten sind. Was gegenwärtig den Vorstellungen der Eigentümer – Land Brandenburg – widerspricht, sind die 5 Kilometer Abstandsflächen. Die Regionale Planungsgemeinschaft ist nicht bereit, in diesen Planungsflächen den Grundstückseigentümern so entgegenzukommen, dass an Einzelpunkten die Kriterien des Regionalplanes aufgeweicht werden.

Der Vorsitzende des Kreistages schließt die Einwohnerfragestunde und bittet die Bürgerinnen und Bürger darum, sich an den Landrat zu wenden, wenn sie die Auffassung vertreten, dass ihre Fragen heute nicht hinreichend beantwortet wurden.

## **TOP 5**

### **Nachfragen zur schriftlichen Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfragen 4-1226/12-KT und 4-1227/12-KT**

Es gibt keine Nachfragen.

## **TOP 6**

### **Anfragen**

#### **TOP 6.1**

##### **Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in Teltow-Fläming ( 4-1257/12-KT )**

Die Antwort der Kreisverwaltung auf die Anfrage liegt auf den Tischen. Nachfragen dazu können in der nächsten Sitzung des Kreistages gestellt werden.

#### **TOP 6.2**

##### **Anfrage des Abg. Felix Thier, Fraktion DIE LINKE., zum Lernatlas der Bertelsmann Stiftung ( 4-1260/12-KT )**

Eine Antwort der Kreisverwaltung liegt noch nicht vor.

## **TOP 7** **Anträge**

### **TOP 7.1**

#### **Antrag der Fraktionen von CDU, SPD/Grüne, DIE LINKE., FDP/BV und VF - Keine Abstriche beim passiven Schallschutz für Fluglärm Betroffene ( 4-1263/12-KT )**

Herr Abg. Habermann verweist darauf, dass die CDU-Fraktion den Antrag 4-1247/12-KT zu den Schallschutzmaßnahmen gestellt hatte. Dieser wurde in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung überwiesen. Da zwischenzeitlich weitere Vorschläge zur Überarbeitung eingebacht wurden, gab es eine fraktionsübergreifende Sondersitzung im Flughafenberatungszentrum, in der alle Belange des passiven Schallschutzes diskutiert wurden. Daraus ist der neue Antrag 4-1263/12-KT erarbeitet worden, der heute zur Abstimmung vorliegt. Er macht darauf aufmerksam, dass sich der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung weiterhin mit der Thematik befassen wird, da der aktive Schallschutz bisher nicht betrachtet wurde.

**Herr Abg. Habermann beantragt im Namen der Fraktion SPD/Grüne namentliche Abstimmung.**

Herr Abg. Wolny führt aus, dass eine enge Zusammenarbeit des Kreistages mit der Kreisverwaltung notwendig ist, um Positionen beim Schallschutz herauszuarbeiten, die nicht nur konsensfähig sondern auch durchsetzbar sind. Er macht darauf aufmerksam, dass die CDU-Fraktion noch weitere Punkte aufgelistet hatte. So u.a. die Frage, wie der BBI zukünftig so betrieben werden kann, dass entsprechende Lärmpausen eingehalten werden. Er macht deutlich, dass die CDU-Fraktion immer das erweiterte Nachtflugverbot unterstützt hat. Er verweist darauf, dass die Sommerpause des Kreistages genutzt werden wird, um die Fragen des aktiven Schallschutzes aufzuarbeiten, sodass sie für den Kreistag abstimmungsfähig sind.

Frau Abg. Wehlan verweist auf die geänderte Situation aufgrund der gerichtlichen Entscheidung der letzten Woche. Sie fordert, dass die Landesregierung und die Vertreter des Gesellschafters Brandenburg darauf hinwirken, den Antrag auf Veränderung des Planfeststellungsbeschlusses durch die FBB zurück zu nehmen.

Über den Antrag wird namentlich abgestimmt (die namentliche Abstimmung liegt der Niederschrift bei).

#### **Der Kreistag beschließt:**

nachfolgende Forderungen zum passiven Schallschutz für Fluglärm Betroffene:

Der Flughafenstandort Schönefeld ist im näheren und auch im weiteren Umfeld von einer dichten Wohnbebauung umgeben. Durch die Inbetriebnahme des Flughafens BBI/BER am 17. März 2013 werden sich für mehr als 100.000 Bürger durch Fluglärm außergewöhnliche Belastungen und Belästigungen ergeben.

Angesichts der bisherigen zögernden Umsetzung des Schallschutzprogramms und der ständigen Unstimmigkeiten bei der Auslegung der Kostenerstattungsvereinbarungen der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB), fordert der Kreistag die Landesregierung und die Vertreter Brandenburgs im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung auf, endlich

wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung des passiven Schallschutzes für die Anwohner des Flughafens BBI/BER gemäß nachfolgender Maßgaben durch- und umzusetzen:

1. Keine Änderung des geltenden Planfeststellungsbeschlusses vom 13. August 2004 in der Fassung des Planergänzungsbeschlusses vom 20. Oktober 2009 durch das von der FBB beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft am 18. April 2012 beantragte Planänderungsverfahren. Das im verfügbaren Teil des Planfeststellungsbeschlusses (S. 105 f.) festgelegte Schutzziel, dass innerhalb des Tagschutzgebietes keine höheren A-bewerteten Maximalpegel als 55 dB(A) im Innenraum auftreten dürfen, ist zu erhalten.
2. Neufassung aller Kostenerstattungsvereinbarungen (KEV) entsprechend dem geltenden Planfeststellungsbeschluss.
3. Verzicht auf die Abgeltungsklausel in den KEV, auch rückwirkend für alle unterschriebenen und geschlossenen Verträge.
4. Gewährung einer dem Aufwand zur Erreichung des Schutzziels entsprechenden Entschädigung für Schallschutzmaßnahmen für Wohnräume, unabhängig von ihrer Beschaffenheit (Größe der Küche, Raumhöhen in ausgebauten Dachgeschosswohnraum, Wintergärten).
5. Einbau von Lüftern für Be- und Entlüftung, die eine Wärmerückgewinnung garantieren und entgeltloser Austausch von bereits im Rahmen des Schallschutzprogramms eingebauten Lüftern, die diese Eigenschaften nicht besitzen.
6. Gewährleistung von optimalem Schutz für sensible Einrichtungen (Kindertagesstätten, Schulen, Altenheime).
7. Einsetzung des vom Landtag am 16. Dezember 2011 beschlossenen Ombudsmanns und Einrichtung einer Schlichtungsstelle, die bestehende Konflikte zwischen der FBB und den Anwohnern einer Lösung zuführt. Hierfür sind von der Landesregierung Regeln zu erarbeiten, die im Ergebnis des Verfahrens zu einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen den Beteiligten führen.
8. Unabhängige Kontrollen der im Planfeststellungsbeschluss festgeschriebenen Schutzziele hinsichtlich des Dauerschallpegels und der Maximalpegel.
9. Finanzielle Abgeltung von Schadenersatzansprüchen für alle Anspruchsberechtigten für noch nicht durchgeführte Schallschutzmaßnahmen nach Inbetriebnahme des neuen Flughafens, die einen Antrag auf passive Schallschutzmaßnahmen ein Jahr vor der Inbetriebnahme gestellt haben. Für die Abgeltung sind monatlich zu zahlende Geldbeträge festzulegen, die bis zur Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen den Betroffenen zu gewähren sind.
10. Angebote von Ersatzgrundstücken für alle Anwohner, die mit ihren Grundstücken an den Bereich angrenzen, für die der Planfeststellungsbeschluss wegen der extremen Lärmbetroffenheit einen Übernahmeanspruch durch die FBB vorsieht (z.B. Bereich Kienitzberge an der B 96 neu).
11. Gewährleistung, dass die Gesellschafter des Flughafens keine finanziellen Abstriche bezüglich der Umsetzung des Schallschutzprogramms zulassen, um andere finanzielle Engpässe bezüglich des Ausbaus des Flughafens zu bedienen.
12. Finanzielle Unterstützung der Landesregierung für das Flughafenberatungszentrum in Mahlow, das als unabhängige und neutrale Einrichtung allen vom Flughafenausbau betroffenen Bürgern unter anderem für eine Beratung und Unterstützung ihrer Schallschutzbelange und Kostenerstattungsvereinbarungen zur Verfügung steht.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	45
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

## **TOP 8**

### **Petition der Bürgerinitiative Wacholderstraße/Jütenweg Rangsdorf an den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming zum öffentlichen Kinderspielplatz Jütenweg 3 ( 4-0901/11-KT )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

1. Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming nimmt die Petition der Bürgerinitiative Wacholderweg/Jütenweg Rangsdorf vom 24. Januar 2011 zur Kenntnis.
2. Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming erklärt die Petition der Bürgerinitiative Wacholderweg/Jütenweg Rangsdorf vom 24. Januar 2011 in der Sache für erledigt, da entsprechende Maßnahmen auf gemeindlicher Ebene auf den Weg gebracht wurden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

## **TOP 9**

### **Breitbandinitiative Teltow-Fläming**

**( 4-1248/12-LR )**

Herr Abg. Barthel macht in seinen Ausführungen deutlich, dass der Zugang zu einem schnellen Netz ein wichtiger Faktor in der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und der Lebensqualität einer Region geworden ist. Er stellt dar, dass die Entscheidung des Kreistages im Jahr 2008 zum Ausbau des Breitbandnetzes auf Glasfaserbasis richtig war. Er zitiert aus dem Bericht der Landesregierung vom 22.02.2012 zum Thema „Entwicklung des Breitbandausbaus im Land Brandenburg“ und bittet die Kreisverwaltung darum, diesen den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Herr Abg. Barthel erwartet, dass die guten Erfahrungen der SWFG bei der Breitbandinitiative genutzt werden, sodass der Kreis auch in anderen Bereichen der Wirtschaftsförderung wieder nach vorn kommt. Er verweist auf die Aufnahme der Tätigkeit des Wirtschaftsförderungsamtes, welche ab 30. Juni 2012 erfolgen sollte, auf den Verkauf der SWFG-Immobilien und die Umstrukturierung der SWFG zu einer Immobiliengesellschaft. Er regt an, bei der Erarbeitung von Informationsvorlagen zukünftig darauf zu achten, dass sie den Hinweis enthalten, auf welche Kreistagsbeschlüsse sie sich beziehen bzw. welche Rahmenbedingungen der Information zugrunde liegen.

Herr Abg. Thier regt an, den derzeitigen Entwicklungsstand in den Gemeinden, die sich nicht an der Breitbandinitiative der SWFG beteiligt haben, allen Abgeordneten zur Kenntnis nachzureichen.

Herr Landrat Giesecke sichert dies zu.

Frau Abg. Klatt verweist auf die Seite 6 des Berichtes und fragt, ob richtig recherchiert wurde, dass alle Haushalte erschlossen sind, da sie andere Informationen aus Thyrow hat.

Der Vorsitzende des Kreistages empfiehlt allen Abgeordneten, vom Mittel der Anfragen an die Verwaltung Gebrauch zu machen.

**Die Abgeordneten nehmen die Vorlage zur Kenntnis.**

**TOP 10**

**Erlass der Taxenordnung des Landkreises Teltow-Fläming**

**( 4-1219/12-I )**

Es liegen Austauschseiten auf den Tischen (Rechtschreibfehler).

**Der Kreistag beschließt:**

die Taxenordnung des Landkreises Teltow-Fläming.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

## **TOP 11**

### **Erlass der Taxentarifordnung des Landkreises Teltow-Fläming ( 4-1220/12-I )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

die Taxentarifordnung des Landkreises Teltow-Fläming.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	46
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	0

## **TOP 12**

### **Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante Landschaftsschutzgebiet "Wierachteiche - Zossener Heide" ( 4-1230/12-III )**

Frau Abg. Klatt übernimmt die Leitung der Sitzung.

Herr Abg. Schulze spricht für die Fraktion SPD/Grüne. Er macht in seinen Ausführungen deutlich, dass die Frage des gesellschaftlichen Wohls von der Politik und nicht von Einzelpersonen definiert werden muss. Die Fraktion unterstützt das Vorhaben, ein Schutzgebietsverfahren zu beginnen. Mit dem Kreistagsbeschluss soll zum Ausdruck gebracht werden, dass es Flächen im Landkreis gibt, die geschützt werden sollen. Die Fraktion spricht sich dafür aus, über den Erlass einer Veränderungssperre erst zu einem späteren Zeitpunkt zu beschließen. Weiterhin vertritt die Fraktion die Auffassung, dass die Sätze 2 bis 4 des Beschlussvorschlages entbehrlich sind und gestrichen werden sollten. Er verweist darauf, dass der Landrat über ein Schreiben der Investoren informiert hat, in dem dargelegt ist, dass derzeit nichts unternommen wird. Herr Abg. Schulze führt aus, dass vom Kreistag für die Bürger ein Signal ausgehen muss, was im Landkreis als schutzwürdig erachtet wird.

(Frau Abg. Hartfelder verlässt die Sitzung.)

Herr Abg. Schulze übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Abg. Dr. Haase macht in seinen Ausführungen deutlich, dass die Standorte für erneuerbare Energieanlagen nachhaltig sein, sich den Belangen des Naturschutzes unterordnen und eine breite Akzeptanz besitzen müssen. Er verweist darauf, dass aufgrund der gesetzlichen Regelungen des BbgNatSchG erst mit der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung eines Schutzgebietes die Veränderungssperre beginnt. Da das Schutzwürdigkeitsgutachten noch nicht vorliegt, greift auch eine Veränderungssperre nicht. Das heißt, dass die Maßnahmen – Verfahrensstand des Windeignungsgebietes 33 der Regionalen Planungsgemeinschaft – ungehindert weitergehen könnten. Durch eine einstweilige Sicherstellung, die das Gesetz zulässt, könnte der gegenwärtige Zustand des Gebietes erhalten und vor Schäden bewahrt werden. Aufgrund der vorherigen Erklärung des

Abg. Schulze für die Fraktion SPD/Grüne zieht er seinen vorliegenden Ergänzungsantrag, die einstweilige Sicherung innerhalb von 6 Wochen zu veranlassen, zurück.

Herr Abg. Akuloff bittet die Verwaltung, ihren Standpunkt zur Vorlage darzulegen und darum, dass Herr Dr. Fechner entsprechende Ergänzungen dazu vorträgt.

Herr Landrat verweist darauf, dass Herr Dr. Fechner den Verwaltungsstandpunkt darlegt.

Herr Dr. Fechner, Leiter des Umweltamtes, stellt klar, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage die Verwaltung sofort ein Schutzwürdigkeitsgutachten in Auftrag geben wird. Parallel dazu haben die Investoren im Verfahren für die Windkraftanlagen ebenso eine Erhebung über den Naturraum durchzuführen. Dazu ist eine Abstimmung mit den zuständigen Naturschutzbehörden beabsichtigt. Erst dann ist es möglich, die konkreten Standorte der Windkraftanlagen in den Antragsunterlagen zu formulieren. Daneben läuft das Verfahren der Regionalplanung. Die Erfassung für das LSG und die Erhebung durch die Investoren wird etwa ein Jahr in Anspruch nehmen, sodass danach das entsprechende Beteiligungsverfahren der Träger öffentlicher Belange stattfinden kann. Damit verbunden wäre dann eine Veränderungssperre laut Gesetz. Seitens der Investoren gibt es die Zusage, dass es nach Vorlage des Schutzwürdigkeitsgutachtens eine Abstimmung geben soll und vorher auch keine Eröffnung des Verfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz erfolgen wird. Sollte jedoch jetzt bereits eine einstweilige Sicherstellung erfolgen, hätte diese Einfluss auf die Regionalplanung.

Herr Abg. Habermann informiert, dass der Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung das Thema sehr umfangreich diskutiert hat. Es wurde die Empfehlung ausgesprochen, dass der Kreistag beschließen möge, den Landrat zu beauftragen, durch Erlass die einstweilige Sicherstellung des Gebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ bis zur endgültigen Klärung des Beteiligungsverfahrens zu verfügen. Er weist darauf hin, dass mit der vorliegenden Beschlussvorlage und den entsprechenden Erläuterungen dem Inhalt dieser Empfehlung Rechnung getragen wird.

Der Vorsitzende des Kreistages merkt an, dass der Vorsitzende des Ausschusses den Antrag des Ausschusses an den Kreistag nicht zurücknehmen kann.

Frau Abg. Wehlan macht deutlich, dass sie den Antrag des Ausschusses ungern ablehnen möchte. Deshalb sollte er zur Kenntnis genommen werden.

Der Vorsitzende des Kreistages schlägt vor, den Antrag in den Ausschuss zurück zu überweisen und dann zu einem geeigneten Zeitpunkt wieder zu reaktivieren.

Herr Abg. Eichelbaum macht darauf aufmerksam, dass der vorliegende Antrag der CDU-Kreistagsfraktion nur zurückgezogen werden sollte zugunsten des Antrages des Regionalausschusses. Da dies jetzt nicht mehr gegeben ist, soll der Antrag der CDU zur Abstimmung gestellt werden.

**Der Antrag des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung an den Kreistag, er möge beschließen, der Landrat möge durch Erlass die einstweilige Sicherstellung des Gebietes „Wierachteiche – Zossener Heide“ bis zur endgültigen Klärung im Beteiligungsverfahren verfügen (Veränderungssperre bzw. Unterschutzstellung), wird bei einigen wenigen Gegenstimmen und einer Anzahl von Enthaltungen mehrheitlich in den Ausschuss zurück überwiesen.**

**Der Antrag der CDU-Fraktion mit folgendem Wortlaut:**

„

1. Der Kreistag beauftragt den Landrat, zur Vorlage 4-1230/12-III, Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante Landschaftsschutzgebiet „Wierachteiche – Zossener Heide“ eine einstweilige Unterschutzstellung zu veranlassen.
2. Die einstweilige Unterschutzstellung wird bis zum Abschluss der Erarbeitung des Schutzwürdigkeitsgutachtens befristet.
3. Für den Zeitraum der Erarbeitung des Schutzwürdigkeitsgutachtens sind alle Maßnahmen im gleichzeitig laufenden Verfahren des Windeignungsgebietes 33 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, die einer evtl. Unterschutzstellung des geplanten Landschaftsschutzgebietes entgegenstehen könnten, zu unterlassen.“

**wird bei einer ganzen Reihen von Enthaltungen und einigen wenigen Ja-Stimmen mit großer Mehrheit abgelehnt.**

**Dem Antrag der Fraktion SPD/Grüne, im Beschlussvorschlag die Sätze 2 bis 4 zu streichen, wird bei einer ganzen Reihe von Enthaltungen und einigen wenigen Gegenstimmen mehrheitlich zugestimmt.**

### **Der Kreistag beschließt:**

Der Kreistag beauftragt die Untere Naturschutzbehörde mit der Eröffnung des Schutzgebietsverfahrens für das geplante Landschaftsschutzgebiet (LSG) "Wierachteiche - Zossener Heide".

### **Abstimmungsergebnis:**

mit großer Mehrheit bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen

(Herr Abg. Dr. Haase verlässt die Sitzung.)

### **TOP 13**

#### **Kündigung von Öffentlich-rechtlichen Verträgen über die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes ( 4-1266/12-III )**

Herr Landrat Giesecke informiert, dass der Landkreis Teltow-Fläming seit vielen Jahren mit drei Anbietern des Rettungsdienstes – Deutsches Rotes Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter- Unfall-Hilfe – Verträge über die Wahrnehmung des Rettungsdienstes im Landkreis hat. Die Verträge haben keine feste Laufzeit und verlängern sich bei Nichtkündigung um jeweils ein weiteres Jahr. Im Jahr 2008 gab es eine Novellierung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes, wobei nunmehr auf eine europaweite Ausschreibung für die Rettungsdienstleistungen verwiesen wird. Es wurde im Hause geprüft, ob der Kreis mit der jährlichen Verlängerung der Verträge gegen geltendes Recht verstößt. Darüber hinaus gibt es zu diesem Problem eine Kleine Anfrage des Abg. Christoph Schulze an den Landtag und zusätzlich wurde das Innenministerium befragt. Die Antwort ist heute eingegangen und liegt auf den Tischen der Abgeordneten. Aufgrund aller Aussagen und der geltenden Gesetzeslage besteht die Pflicht zur europaweiten Ausschreibung des Rettungsdienstes, es sei denn, der Kreis beabsichtigt diese Aufgabe zukünftig zu 100% selbst zu machen. Herr Landrat Giesecke macht darauf aufmerksam, dass bei einer Betrachtung der Struktur der Kosten im Rettungsdienst festgestellt werden kann, dass diese - über die Jahre gerechnet - kostendeckend sind. Der größte Kostenfaktor hierbei sind die Personalkosten. Bei einer europaweiten Ausschreibung liegt die Vermutung nahe, dass

dieser Faktor zu Lasten der Lohnkosten geht. Er macht deutlich, dass der Landkreis mit der Erbringung der Qualität der Rettungsdienstleistungen hoch zufrieden ist. Auf keinen Fall sollte sich die materielle und/oder personelle Qualität des Rettungsdienstes durch eine Pflicht zur Ausschreibung verschlechtern. Herr Landrat Giesecke gibt bekannt, dass der Landkreis Spree-Neiße ein Ausschreibungsverfahren durchgeführt hat, welches durch einen privaten Anbieter gewonnen wurde. Aufgrund aller neuen Erkenntnisse der letzten Woche kann er als Landrat den Abgeordneten nur die Empfehlung geben, die Verträge mit den drei Dienstleistern bis 30. Juni zu kündigen und Maßnahmen zur Kommunalisierung einzuleiten. Der eigentliche Beschluss zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes sollte durch den Kreistag erst dann gefasst werden, wenn alle Fakten zur Kommunalisierung durch die Verwaltung vorgelegt wurden.

Es liegt der Geschäftsordnungsantrag der Fraktion SPD/Grüne vor, in eine Beratungspause zu treten.

**Der Vorsitzende unterbricht um 19.07 Uhr die Sitzung für eine Beratungspause.**

(Herr Abg. Krüger, Frau Abg. Laue und Herr Abg. Niendorf verlassen die Sitzung.)

**Der Kreistag setzt seine Sitzung um 19.25 Uhr fort.**

Herr Abg. von der Heide verweist in seinen Ausführungen darauf, dass der jetzige Zustand nur verändert werden sollte, wenn ein Konzept vorliegt, wie nach der Kündigung der jetzigen Verträge der Rettungsdienst ab 1. Januar 2013 deutlich reibungslos verbessert werden kann. Er zweifelt daran, ob der jetzige Zustand ungesetzlich ist und fragt, wer den Landkreis zwingen kann, die Verträge zu kündigen. Er plädiert dafür, dass sich der Landkreis gegen die europaweite Ausschreibung sperren sollte und warnt davor, die Verträge zum 30. Juni zu kündigen. Herr Abg. von der Heide sieht als einzige richtige rechtliche Stellungnahme zur Frage des Schadensersatzes die der KPMG-Rechtsanwaltsgesellschaft an.

Herr Abg. Eichelbaum zeigt sich irritiert darüber, dass nach der Diskussion im Kreisausschuss am 4. Juni und der einstimmigen Empfehlung zur Überweisung in die Ausschüsse den Abgeordneten heute eine anders lautende Tischvorlage vom Landrat übergeben wurde. Er warnt davor, diese wichtige Entscheidung im Kreistag vorschnell durchzupfeitschen. Des Weiteren wurde auch der HFA nicht in die Diskussion einbezogen, obwohl er bei finanziellen Auswirkungen zu beteiligen ist. Herr Abg. Eichelbaum hält es für eine Brückierung des Kreistages und des Kreisausschusses, dass sich die Abgeordneten heute mit umfangreichen Schriftstücken auseinandersetzen sollen, obwohl diese der Verwaltung bereits seit längerer Zeit vorliegen. Nach Auffassung seiner Fraktion muss vor einer Entscheidung des Kreistages geklärt sein, dass die Qualität des Rettungsdienstes erhalten bleibt, die bisherigen Träger gehört wurden und es keine finanziellen Mehrbelastungen für den Kreishaushalt geben darf. **Die CDU-Fraktion beantragt die Überweisung der Vorlage in die Ausschüsse, so wie es der Kreisausschuss empfohlen hat.**

Frau Abg. Igel spricht im Auftrag der Fraktion SPD/Grüne, die mehrheitlich die Meinung des Abg. von der Heide nicht teilt. Die Fraktion vertritt die Auffassung, dass die Weiterführung der Verträge mit den drei Dienstleistern rechtswidrig wäre. Sie verweist darauf, dass jeder Abgeordnete seine persönliche Haftung im Falle von Schadensersatzforderungen bedenken sollte. Sie macht deutlich, dass die Fraktion die Kommunalisierung des Rettungsdienstes als Teil der Daseinsvorsorge befürwortet. **Die Fraktion SPD/Grüne beantragt, im letzten Satz des Beschlussvorschlages das Wort „einzuleiten“ durch das Wort „vorbereiten“ zu ersetzen.** So ist es möglich, nach weiteren gründlichen Recherchen zu finanziellen und

rechtlichen Auswirkungen eine Entscheidung im Kreistag zu treffen und die Fachausschüsse vorher zu beteiligen. **Die Fraktion fordert namentliche Abstimmung.**

Frau Abg. Wehlan verweist ebenso darauf, dass nach dem Kreisausschuss am 4. Juni die Diskussion zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes in die Ausschüsse verlagert wurde. Die heute vorgelegte Vorlage des Landrates sieht die Fraktion DIE LINKE jedoch als äußerst dringlich an, um Schaden vom Landkreis abzuwenden. Nach intensiver fachlicher Befassung mit der Problematik des Rettungsdienstes und dem Erfahrungsaustausch mit anderen Landkreisen gibt es die Auffassung in der Fraktion – unabhängig von der heutigen Vorlage – für die Kommunalisierung zu votieren. Sie macht nochmals deutlich, dass es bundes- und europarechtliche Vorschriften gibt, nach denen auszuschreiben ist. Eine Verlängerung von Verträgen ist nur möglich, wenn ausgeschrieben wurde. Da die Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis noch nie ausgeschrieben wurden, gibt es auch keine Möglichkeit, eine Entscheidung zur Verlängerung der Verträge zu treffen.

Herr Abg. von der Heide verweist darauf, dass mehr Zeit gegeben werden sollte, um einen rechtlich nicht einwandfreien Zustand auszuräumen. So könnte die Kündigung der Verträge später erfolgen, um dann eine Kommunalisierung für das Jahr 2014 vorzubereiten. Aus diesem Grund **beantragt er, im Beschlussvorschlag den 1. Absatz zu streichen, der die Kündigung der Verträge zum 31.12.2012 beinhaltet.**

Frau Abg. Andrae zeigt sich verwundert, da ihr mit Zusendung der Kreistagsunterlagen mitgeteilt wurde, dass die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt zurückgezogen wurde und nicht auf der Tagesordnung steht. Sie ist deshalb davon ausgegangen, dass der TOP damit entfallen wird. Sie fühlt sich heute als Abgeordnete, die keiner Fraktion angehört, ausgegrenzt. Die heute vorgelegte Vorlage erachtet sie als nicht ausreichende Information zu diesem schwierigen Sachverhalt. Sie stimmt der dargelegten Auffassung des Abg. von der Heide zu.

Der Vorsitzende des Kreistages legt dar, dass er es nach der Kreisausschusssitzung als seine Pflicht empfand, rechtliche Hinweise von Aufsichtsbehörden einzuholen, um Schaden vom Landkreis abzuwenden. Er verweist darauf, dass der Tagesordnungspunkt – Kommunalisierung Rettungsdienst – auf der Tagesordnung des Kreistages steht, die den Abgeordneten fristgemäß zugegangen ist. Der Tagesordnungspunkt wurde nicht gestrichen, es wurde lediglich die Vorlage vom Einreicher zurückgezogen. Zum Tagesordnungspunkt steht es jedem Abgeordneten frei, zu diskutieren und weitere Anträge zu stellen. Darüber hinaus hatte jeder Abgeordnete gemäß § 29 BbgKVerf die Möglichkeit, über sein Auskunftsrecht Sachkenntnis vom Landrat zu erlangen. Er führt an, dass es in allen Verträgen mit den jetzigen Dienstleistern Regelungen gibt, die die Kündigungsmöglichkeit des Vertrages regeln. Der Vorsitzende des Kreistages macht auf Risiken der europaweiten Ausschreibung des Rettungsdienstes aufmerksam und bezieht sich auf zwei Beschlüsse des Oberlandesgerichtes Celle vom 17.11.2011 und vom 13.12.2011 die besagen, dass ein Bieter wegen ungewöhnlich niedriger Preise nicht ausgeschlossen werden kann. Er appelliert an die Abgeordneten, ihre Entscheidung auf der Basis der oberen Kommunalaufsicht des Landkreises zu treffen. Den Landrat bittet er, die Vorbereitungen zur Kommunalisierung energischer voranzutreiben.

Herr Abg. von der Heide macht darauf aufmerksam, dass sich die im Schreiben des Rechtsanwaltes Braun (für die Falck Rettungsdienst GmbH) aufgeführten Fundstellen der Gerichtsurteile auf laufende Vergabeverfahren beziehen, bei denen Fehler aufgetreten sind. Diesen Fall gibt es im Landkreis Teltow-Fläming nicht. Des Weiteren verweist er darauf, dass es nach der Kündigung der Verträge nur noch die Möglichkeit der Ausschreibung bzw. der Kommunalisierung gibt. Der Weg zurück zu den Strukturen, die es bisher gibt, wird nicht mehr machbar sein.

Frau Abg. Grassmann möchte wissen, was in den vierzehn Tagen seit dem Kreisausschuss passiert ist, dass es jetzt Zeitdruck für eine Entscheidung des Kreistages gibt.

Frau Abg. Wehlan führt aus, dass erst in dieser Woche die rechtlichen Fragen geklärt werden konnten, die zur Sitzung des Kreisausschuss noch offen waren. Aus diesem Grund hat der Landrat eine korrigierte Vorlage zur Abstimmung in den heutigen Kreistag eingebracht.

**Herr Abg. Barthel beantragt, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen:** „Über die eingeleiteten Maßnahmen bzw. Ergebnisse ist der Kreistag in jeder Sitzung – beginnend im September 2012 – zu informieren.“

Herr Abg. von der Heide weist darauf hin, dass sich jeder Abgeordneten bei der Abstimmung darüber bewusst sein sollte, ob er das Risiko des Schadensersatzes in Kauf nimmt und ob er die Verantwortung dafür übernimmt, wenn am 1.1.2013 der Rettungsdienst nicht 100%ig funktioniert und Menschen dadurch zu Schaden kommen.

Herr Landrat Giesecke verweist darauf, dass es ab 1.1.2013 einen vertraglosen Zustand gibt, jedoch der Rettungsdienst im Landkreis weiterhin reibungslos stattfinden wird. Er macht deutlich, dass eine Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Kreistag September 2012 – nach Diskussion in den Fachausschüssen – beschlossen werden muss. Ein Zeitplan wird aufzeigen, in welchen Schritten und in welchem Rahmen die Kommunalisierung umgesetzt werden kann. Mit den jetzigen Trägern muss verhandelt werden, wie durch sie der Rettungsdienst weitergeführt wird, bis alle rechtlichen Voraussetzungen für die Kommunalisierung geschaffen wurden. Der Landrat führt aus, dass es für die Mitarbeiter des Rettungsdienstes, die einen unbefristeten Arbeitsvertrag haben, einen Betriebsübergang nach § 613 a BGB geben wird und Ängste vor Arbeitsplatzverlust unbegründet sind.

**Der Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion, die Vorlage in die Fachausschüsse zu überweisen, wird bei 12 Ja-Stimmen abgelehnt.**

**Der Antrag des Abg. von der Heide, den 1. Absatz des Beschlussvorschlages zu streichen, wird bei 13 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen abgelehnt.**

**Der Antrag der Fraktion SPD/Grüne, im Beschlussvorschlag das Wort „einzuleiten“ durch das Wort „vorbereiten“ zu ersetzen, wird bei einigen wenigen Gegenstimmen und einer Anzahl von Enthaltungen mehrheitlich angenommen.**

**Der Antrag des Abg. Barthel, den Beschlussvorschlag um folgenden Satz zu ergänzen:** „Über die eingeleiteten Maßnahmen bzw. Ergebnisse ist der Kreistag in jeder Sitzung – beginnend im September 2012 – zu informieren.“, **wird bei 1 Nein-Stimme und einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich angenommen.**

**Es erfolgt namentliche Abstimmung über die nunmehr geänderte Vorlage.** (Die namentliche Abstimmung liegt der Niederschrift bei.)

### **Der Kreistag beschließt:**

die Kündigung der Öffentlich-rechtlichen Verträge und dessen Anlagen über die Durchführung von Aufgaben des Rettungsdienstes mit dem Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Fläming-Spreewald e.V., dem Arbeiter Samariter Bund e.V., Ortsverband Luckau/Dahme e.V. und der Johanniter Unfall Hilfe e.V., Landesverband Berlin/Brandenburg zum 31.12.2012.

Parallel dazu wird der Landrat beauftragt, alle Maßnahmen zur Kommunalisierung des Rettungsdienstes im Landkreis Teltow-Fläming vorzubereiten.

Über die eingeleiteten Maßnahmen bzw. Ergebnisse ist der Kreistag in jeder Sitzung – beginnend im September 2012 – zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	25
Nein-Stimmen:	8
Enthaltung:	8

#### **TOP 14**

#### **Kinderbetreuungsfinanzierung (Richtlinie) - Votierung von Restmitteln für Kindertagespflegestellen ( 4-1251/12-V/1 )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

Im Rahmen der Richtlinie Kinderbetreuungsfinanzierung erfolgt die Verteilung der Mittel in Höhe von 7.181,43 € für die Ausstattung von Kindertagespflegestellen laut vorliegender Aufstellung mit der Verpflichtung, den Eigenanteil des Landkreises Teltow-Fläming in den Haushalt 2013 einzustellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### **TOP 15**

#### **Vergleichsvereinbarung zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow zur gütlichen Beilegung des Rechtsstreites AZ: 7 K 756/08 ( 4-1252/12-V )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

Der Kreistag ermächtigt den Landrat zum Abschluss einer Vergleichsvereinbarung mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

#### **TOP 16**

#### **Abberufung und Berufung sachkundige Einwohner - Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung ( 4-1250/12-KT )**

#### **Der Kreistag beschließt:**

1. Der Kreistag beruft Herrn Thomas Thiel als sachkundigen Einwohner aus dem Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung ab.
2. Der Kreistag beruft Herrn Christian Heller als sachkundigen Einwohner in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	41
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

## **TOP 17**

### **Mitteilungen des Landrates**

Herr Landrat Giesecke informiert darüber, dass die Kommunalaufsicht des Landes Brandenburg ein Beanstandungsverfahren gegen den Kreistagsbeschluss 4-1072/11-KT zur Bildung der Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung eingeleitet hat. Sollte der Kreistag den Beschluss aufheben müssen, wird dies jedoch nicht zur Folge haben, dass sich die Arbeitsgruppe auflöst.

Her Abg. Wolny bittet für seine Fraktion um Überlassung des Schreibens der Kommunalaufsicht.

Herr Abg. Scharp verweist auf ein Schreiben der Kommunalaufsicht des Landkreises an die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, in dem die Bildung von Arbeitsgruppen untersagt wird.

**Der Vorsitzende des Kreistages stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.**

Luckenwalde, 26. Juni 2012

Christoph Schulze  
Vorsitzender des Kreistages